

Auf viele Erfolge im Jahr 2006!

Bei den Brandenburger Mitglieder der Linken.PDS sind Diana Golze und Heinz Vietze immer gern gesehen - aber auch bei anderen Brandenburgern bekannt. So war es kein Wunder, dass es beim Neujahrsempfang unserer Partei im Fontaneklub voll war – sehr voll sogar. Dicht gedrängt standen die Gäste, lauschten zunächst den Worten unserer jungen Bundestagsabgeordneten Diana Golze. Sie konnte feststellen, dass wir eine starke Fraktion im Bundestag haben, die Hilfe bei allem leisten wird, was ihr von ihren Wählern mit auf den Weg gegeben wurde. Wie auf Landes-, so ist die Fraktion auch auf Bundesebene wirksam, sorgt als Opposition dafür, dass es – wenn auch in kleinen Schritten – immer wieder ein

Stück in die richtige Richtung geht. Diana Golze eröffnete ein Bürgerbüro in Brandenburg auch Heinz Vietze Abgeordneter unseres Landtages ist mit seinem Wahlkreisbüro seit dem 13 Januar in Brandenburg präsent. Er sprach von unseren 29 Abgeordneten des Landtages, über seine Einladung zum Neujahrsempfang und zur Mitgliederversammlung der WASG in unserer Stadt, mit der gemeinsam wir noch stärker sind, von der Notwendigkeit der Solidarität und ehrenamtlichem Engagement. Aber er legte auch dar, dass es notwendig ist, Kontakte zur Oberbürgermeisterin und zu anderen Parteien zu pflegen. Zusammenarbeit ist wichtig beim Lösen der Aufgaben zum Wohle unserer Bürger. An diesem Tag kam sehr anschaulich zum Ausdruck, dass es der Linken.PDS an Kontakten nicht mangelt. Plötzlich stand dort eine Vierergruppe

im Gespräch zusammen: Diana Golze, Heinz Vietze, Oberbürgermeisterin Dr. Tiemann und Herr Holzschuher (SPD-Landtagsabgeordneter). Immer wieder bildeten sich neue Gesprächsgruppen,



Foto Werner Czech

wurden Kontakte gefestigt, Probleme angesprochen, die es künftig zu lösen gilt. Immerhin gehörten zu den Gästen Vertreter von der WASG, des Arbeitslosenverbandes, vom Frauen- und Familienzentrum, die Behinderten- und Gleichstellungsbeauftragte der Stadt, die Fraktionsvorsitzenden Paaschen (CDU) und Schomann (SPD), Vertreter der Presse und viele andere. Es versteht sich von selbst, dass unser Vorstand mit Petra Faderl und unsere Stadtverordneten mit Alfredo Förster an der Spitze, unsere Beigeordnete Birgit Hübner sowie weitere Mitglieder unserer Partei dort gesuchte Gesprächspartner waren. Übrigens: die Schilder für die Bürgerbüros unserer beiden Abgeordneten sind inzwischen bereits angebracht. Man kann sagen: Es war Freitag, der 13., aber ein guter Tag für die Linke.PDS in Brandenburg. *Edith Altenkirch*

Union und SPD spielen Hase und Igel in der Familienpolitik

Union und SPD haben einen Wettlauf der vollmundigen Versprechen in der Familienpolitik eröffnet. Doch mit wohlfeilen Worten ist den Familien mit Kindern nicht gedient. Wenn Familienministerin von der Leyen von den Kommunen fordert, die Kinderbetreuung in Kitas künftig in der Tendenz gebührenfrei anzubieten, ist das nur dann kein Muster ohne Wert, wenn die Ministerin auch gleich noch klarmachen würde, wie die Kommunen das finanzieren sollen.

Doch dabei sollen Länder und Kommunen anscheinend allein gelassen werden. Stets wird – wie auch im Koalitionsvertrag – darauf hingewiesen, dass Länder und Kommunen durch die Hartz IV-Reform um 2,5 Milliarden Euro entlastet würden. Davon sollen 1,5 Milliarden Euro in den Ausbau der Kindertagesbetreuung fließen.

Doch es zeichnet sich schon lange ab: Hartz IV bringt keine finanzielle Entlastung für die Kommunen. Vor allem in Ostdeutschland kostete die Landkreise und Optionskommunen die Betreuung von Langzeitarbeitslosen im letzten Jahr mindestens genauso viel wie im Jahr 2004. Hier also

Anträge auf Unterstützung wieder möglich

Einer guten Tradition folgend hat die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag erneut einen Spendenfonds eingerichtet, der in erster Linie von den regelmäßigen monatlichen Überweisungen aller 54 Abgeordneten der Linksfraktion lebt. Aus dem Fonds wird vor allem Projekten, die wenig oder keine staatliche Unterstützung bekommen, insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit, unter die Arme gegriffen. Über die Vergabe der Gelder entscheidet ein unabhängiges Spendengremium der Linksfraktion.

Formlose Anträge auf Unterstützung können ab sofort in den Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten Dagmar Enkelmann (Berliner Straße 17, 16321 Bernau oder Wallstraße 8, 15344 Strausberg) abgegeben bzw. an diese gesandt werden.

die Förderung aufzustellen, Länder und Kommunen sollten die Kita-Gebühren abschaffen, ohne als Bundesregierung selbst finanzielle Verantwortung zu übernehmen, ist zynisch.

Die SPD will nun die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten vom ersten Euro an durchsetzen. Das würde zwar die verfassungsrechtliche Fragwürdigkeit der Genshagener Vorschläge korrigieren, aber gerade nicht die soziale Schieflage für Alleinerziehende und Geringverdiener. Wer soziale Gerechtigkeit im Herzen trägt, kann keine Familienpolitik über steuerliche Absetzbarkeit gestalten, denn den Kindern von einkommensschwachen Eltern, die nur wenig oder gar keine Steuern abführen, wird so nicht geholfen.

Was in Deutschland gebraucht wird, ist ein garantierter Rechtsanspruch für alle Kinder von Geburt an und unabhängig vom Einkommen der Eltern sowie eine solide Finanzierung durch den Bund in Absprache mit Ländern und Kommunen. Von leeren Versprechen und unsozialen Regelungen haben viele Familien jedenfalls gar nichts.

Diana Golze

DIE LINKE.



Besuchen Sie uns doch einfach
im Internet unter
www.linkspartei-pds-stadt-brb.de/

Gemeinsam für ein soziales Europa - die Dienstleistungsrichtlinie muss gestoppt werden!

Aufruf zur Teilnahme an den Protesten gegen die geplante (Bolkestein-) Dienstleistungsrichtlinie am 11. Februar in Berlin und Straßburg und am 14. Februar in Straßburg

Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie zielt auf die Liberalisierung nahezu aller Dienstleistungen, die in der Europäischen Union erbracht werden. Damit geht der Generalangriff auf Sozialstandards, Tariflöhne, Arbeitsschutz, ökologische und Verbraucherstandards und die Daseinsvorsorge in die entscheidende Phase.

Eine Grundsäule der europäischen Einigung ist das europäische Sozialmodell.

Mit ihrer Politik zerstört die EU-Kommission den europäischen Zusammenhalt. Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie degradiert Menschen in Europa zu Konkurrenten um jeden Preis. Neben dem Sozialabbau befördert diese Politik Nationalismus und Rechtsextremismus.

Wir fordern die Abgeordneten im Europäischen Parlament auf, die Richtlinie am 15. Februar abzulehnen!

Auch ohne Zustimmung der Europäischen Regierung kann sie nicht durchgesetzt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Richtlinie im Europäischen Rat zu stoppen!

Wir rufen Sie alle auf, mit uns, den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen an den Demonstrationen gegen die Richtlinie teilzunehmen! Am 11. Februar vor dem Wirtschaftsministerium in Berlin oder in Straßburg. Am 14. Februar, parallel zur Beratung des Europäischen Parlamentes, in Straßburg.

Lothar Bisky, Oskar Lafontaine, Axel Troost (Linkspartei.PDS, Fraktion DIE LINKE, WASG)



Von Arbeit
muss man
leben
können!

Stoppt
Bolkestein!

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Wir werden die Herrschenden jeden Tag daran erinnern, dass es eine soziale Opposition in diesem Land gibt

Der Parteivorsitzende Lothar Bisky auf der Pressekonzferenz der Linkspartei.PDS zum Jahresauftakt 2006 im Berliner Karl-Liebknecht-Haus. Das Jahr 2006 hat gerade erst begonnen, da lade ich Sie schon wieder zu einem Parteitag ein.

In exakt 96 Tagen findet der 10. Parteitag der Linkspartei.PDS in Halle statt, auf dem ein neuer Parteivorstand gewählt wird. Aber, Sie brauchen keine Angst zu haben, wir wollen 2006 keinen erneuten Versuch starten, mit einer Vielzahl von Parteitagen ins Guinness-Buch der Rekorde zu kommen. Das Jahr 2005 war, wie ich finde, mit drei Parteitagen rekordverdächtig genug ...

Wie Sie wissen, wollen sich Linkspartei und WASG bis zum Sommer 2007 zu einer neuen Partei zusammenschließen. Der auf dem Parteitag in Halle zu wäh-

lende Parteivorstand wird diesen Parteibildungsprozess führen. Wenn er erfolgreich ist, und ich gehe davon aus, ist es der letzte Parteivorstand der heutigen Linkspartei.PDS. Am 12. Januar hat die paritätisch besetzte Steuerungsgruppe ihre Arbeit aufgenommen. Sie wird alle inhaltlichen und organisatorischen Grundfragen des Parteibildungsprozesses beraten und die Arbeit der Fachgruppen koordinieren. Der Weg zu einer neuen Partei ist auch der Weg zu einem

neuen gemeinsamen Programm. Im Frühjahr eröffnen wir die inhaltliche Debatte. Mitglieder der Linkspartei.PDS, der WASG und weitere Interessierte können sich einbringen.

Aber, wer hofft, wir würden uns 2006 nur mit uns selbst beschäftigen, der irrt. Wir nutzen den Schwung und die Erfolge des vergangenen Jahres und werden die Herrschenden jeden Tag daran erinnern, dass es eine soziale Opposition in diesem Land gibt, die eigene Vorschläge unterbreitet und verändern will. Es darf nicht sein, dass Langzeitarbeitslose, Geringverdiener, Rentner und Kranke von den Agenda-2010-Parteien weiter abgehängt werden. Mit Sozialabbau erreicht man kein Wirtschaftswachstum. Das hat die Politik der letzten Jahre gezeigt. Diese Politik ist gescheitert. Wir brauchen einen Neuanfang.

Die Bürgerinnen und Bürger, unsere Wählerinnen und Wähler, können sich darauf verlassen:

Wir kämpfen gegen den Abbau des Sozialstaates. Wir machen Vorschläge für die Finanzierung der Kommunen. Wir streiten für ein friedensfähiges Europa. Wir wollen, dass Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleibt. Wir halten dagegen, wenn ein Sportereignis wie die Fußballweltmeisterschaft benutzt werden soll, um demokratische Rechte einzuschränken.



Lothar Bisky

Wir werden 2006 Vorschläge zur sozialen Mindestsicherung vorlegen. Und, um es gleich vorweg zu sagen: Dabei geht es nicht um Sozialnostalgie, sondern um die Existenzgrundlage für die offensichtlichen Verlierer der Globalisierung. Das Jahr 2006 ist erneut ein Superwahljahr mit fünf Landtags- und drei Kommunalwahlen. Den Wettbewerb der warmherzigen Wahlversprechen haben SPD und CDU eröffnet. Wir werden dafür sorgen, dass die wichtigsten Fragen, die Sorgen und Ideen der Bürgerinnen und Bürger nicht durch die Profilneurosen einzelner Parteien abhandeln kommen.

Zurzeit tummeln sich SPD und CDU auf der Spielwiese "Familienpolitik". Aber: "Deutschland sucht den Superstar" läuft auf RTL und nicht im Bundestag. Herr Platzeck und Frau von der Leyen können das Hohelied auf die Familie klassisch oder als Volkslied anstimmen. Große Töne spucken, reicht nicht!

Mir sind die Zustände in Brandenburg noch gut in Erinnerung. Dort, wo Herr Platzeck seine soziale Gerechtigkeit in den Armen der Großen Koalition auslebt, kann man die Verflachung politischer Ideen auf Kosten von Kindern, Alleinerziehenden und Arbeitslosen erleben.

Es war die Brandenburger SPD unter Matthias Platzeck, die - gemeinsam mit der CDU - in den vergangenen fünf Jahren die Kinderbetreuung als Sparbüchse der Landesregierung schamlos ausgenutzt hat. Gemeinsam haben sie den Betreuungsanspruch für Kinder systematisch eingeschränkt, unter dreijährige Kinder Arbeitsloser aus der Kita ausgesperrt, und die finanziellen Zuweisungen für Kita-Betreuung an die Kommunen drastisch gekürzt. Was schrieb Platzeck in der Welt am Sonntag (15.01.06): "Von sozialer Gerechtigkeit verstehen Sozialdemokraten ganz einfach mehr." Bisher hat er das gekonnt verheimlicht.

1,7 Millionen Kinder leben nach EU-Kriterien in Deutschland in Armut. Das ist auch ein Ergebnis rot-grüner Regierungspolitik. Ich hoffe, Matthias Platzeck hat den Mut und sagt: So lange es Kinderarmut in Deutschland gibt, dürfen die Entlastungen für Familien nicht gleich verteilt wer-

den, sondern muss jeder Euro zum Abbau der Kinderarmut eingesetzt werden. Keine Kinderarmut mehr in Deutschland, das verstehe ich unter sozialer Gerechtigkeit!

Große Koalition heißt immer auch große Kompromisse, ich sage faule Kompromisse. Heute in einem Jahr werden wir wissen, welche Politik die Große Koalition wirklich macht. Dann treten die Belastungen für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Kraft, wie die 3 % Mehrwertsteuererhöhung, Rente mit 67, Kindergeld nur noch bis 25, Pendlerpauschale und andere Kürzungen im sozialen Bereich.

Die Linkspartei sagt Ja zu einem sozialen Europa und kämpft auch 2006 für sozialverträgliche europäischen Standards. Die Hafentarbeiter Europas haben es uns vorgemacht, die umstrittene Hafen-Richtlinie ist vom Tisch. Am 11. und 14. Februar werden wir als Mitglied der Partei der Europäischen Linken gemeinsam mit Gewerkschaften in Strasbourg gegen die Harmonisierung des Europäischen Binnenmarktes demonstrieren. Diese so genannte Bolkestein-Richtlinie berührt die Lebens- und Arbeitswelt der Bürgerinnen und Bürger direkt. Gemeinsam können wir dem europaweiten Senkungs- und Lohndumpingwettbewerb die Stirn zu bieten.

Und wir blicken gespannt über Europa hinaus, beispielsweise nach Lateinamerika. Ich werde morgen gemeinsam mit Alekos Alavanos, (Vorsitzender der Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie - SYNASPISMOS, Griechenland) und Gaspar Llamazarez, Generalkoordinator der Vereinigten Linken (Spanien) nach Caracas (Venezuela) zum Weltsozialforum fliegen. Dort werde ich u.a. an dem Seminar "Europäischer und lateinamerikanischer Dialog: sozialistische Alternativen im 21. Jahrhundert" teilnehmen und Linkspolitiker lateinamerikanischer Länder in Regierungsverantwortung treffen, wie die Präsidenten Evo Morales, Kirchner, Lula, Chavez und über Möglichkeiten und Herausforderungen für eine emanzipatorischen Politik im Schnittpunkt von Regierungsverantwortung/Macht und sozialen Kämpfen zu sprechen.

Anstieg deutscher Rüstungsexportgenehmigungen

Zum Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für das Jahr 2004 erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE., Paul Schäfer:

Der sechste Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Güter bestätigt erneut, dass die Bundesregierung nicht bereit ist, eine restriktive Rüstungsexportpolitik zu praktizieren. Laut Bericht wurden im Jahr 2004 Exporte konventioneller Rüstungsgüter im Wert von insgesamt 6,2 Mrd. Euro genehmigt. Nicht erfasst werden allerdings dual-use Güter, die im Empfängerstaat in militärische Güter eingebaut werden. Das tatsächliche Genehmigungsvolumen dürfte also weitaus höher sein. Zum Wohle der deutschen Rüstungsindustrie und der strategisch wichtigen Partner der Bundesregierung werden im Zweifelsfall die restriktiven Vorgaben der im Jahr 2000 beschlossenen politischen Grundsätze zum Rüstungsexport. Nutznießer sind vor allem Staaten wie Indien, Indonesien, Pakistan, Südkorea und die Vereinigten Arabischen Emirate, die in Krisenregionen liegen und in denen die Menschenrechte nicht garantiert sind. Mit deutschem Know-how werden dort die eige-

nen Rüstungsproduktionskapazitäten auf den Export ausgerichtet. Angesichts dieser Kunden verwundert es nicht, dass die Bundesregierung wenig Drang verspürt, die Öffentlichkeit über den deutschen Beitrag an der weltweiten Aufrüstung zu informieren. Die Offenlegung der rüstungstechnologischen Unterstützungsleistungen für kriegführende Staaten, wie z.B. die USA und Großbritannien, wäre trotz der selbstbewussten Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung zu brisant. Deswegen erscheint der Rüstungsexportbericht wie auch in den Jahren zuvor mit wenigstens zwölf Monaten Verspätung und mit dem gleichen unzureichenden Informationsgehalt. Weder wurden dual-use Güter miteinbezogen noch die Sammelausfuhrgenehmigungen aufgeschlüsselt. Erneut wurde darauf verzichtet, die statistische Erfassung der realen Exporte von Rüstungsgütern herbeizuführen. Die Fraktion DIE LINKE. strebt ein grundsätzliches Verbot von deutschen Rüstungsexporten an. Die Bundesregierung muss ihre Rüstungsexportgesetze zu verschärfen und die Politischen Grundsätze zum Rüstungsexport rechtswirksam umzusetzen.

Marty berichtet von systematischem „Outsourcing“ von Folter und vermutlich mehr als 100 Verschleppten

Zum heute vorgelegten Bericht des Europaratsermittlers Dick Marty zu vermuteten geheimen Inhaftierungen in Mitgliedstaaten des Europarats erklärt Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Europaabgeordnete der Linkspartei.PDS, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Mitglied des EP-Sonderausschusses:

Nach Erkenntnissen von Marty hat der US-Ge-

heimdienst CIA mehr als 100 Personen festgenommen und in Länder verbracht, wo sie gefoltert wurden. Dazu heißt es in dem Bericht, dass zahlreiche „kohärente und übereinstimmende Indizien“ sowie Äußerungen von US-Beamten für diese illegalen Praktiken der CIA sprächen. Außerdem hätten dies die Regierungen europäischer Staaten „oder zumindest ihre Geheimdienste“ vermutlich gewusst. Da offenbar von offizieller Seite noch immer kräftig gemauert und abgewie-

gelt wird, fordert der Chefermittler des Europarats einen „echten“ Untersuchungsausschuss mit Expertenunterstützung sowie Untersuchungsbefugnissen.

Marty stellt außerdem fest, dass die nationalen Verfahren zur Kontrolle der Geheimdienste überprüft und gegebenenfalls verbessert werden sollten. Die Parlamentarier müssten das Zurückhalten von Informationen durch die Exekutive mit Verweis auf „Staatsgeheimnisse“ und „höhere Interessen“ hinterfragen. Auffallend ist Martys scharfe Kritik an den Äußerungen des deutschen Innenministers Schäuble zur Folter. Sie seien „zutiefst diskussionswürdig, wenn nicht gar alarmierend“.

Obwohl es momentan „keine formalen, unwiderlegbaren Beweise für die Existenz geheimer Gefängnisse in Rumänien, Polen oder anderen Ländern“ in Europa gebe, rechtfertigten allein die vorliegenden Fakten und Hinweise zu Verschleppung, Missachtung individueller Rechte und geheimen Transporten von Häftlingen in andere Länder nach Auffassung von Marty die Einset-

zung des nichtständigen Ausschusses des Europaparlaments.

Dieser Ausschuss wird sich speziell mit der „Heranziehung europäischer Staaten für die Beförderung und die unrechtmäßige Inhaftierung von Gefangenen durch die CIA“ beschäftigen. Marty verweist hier besonders auf die Verantwortung europäischer Staaten für das, was auf ihren Flughäfen vor sich geht. Als Mitglied des nichtständigen Ausschusses des Europaparlaments werde ich mich insbesondere den Fällen des nach Afghanistan entführten Deutschen Khaled al-Masri und des nach Syrien verschleppten Deutschsyriers Mohammed Haidar Zammar widmen. Hinzu kommt die Frage der vermuteten Nutzung US-amerikanischer Militärstützpunkte und Flughäfen in Deutschland für illegale Gefangentransporte und Geheimflüge der CIA. Großer Klärungsbedarf besteht ferner zu den Befragungen durch deutsche Beamte im Gefangenenlager Guantánamo und in einem syrischen Gefängnis.

DIE LINKE stellt Dick Marty Fragen an die Bundesregierung

Die Fraktion DIE LINKE hat heute eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung eingebracht. Dazu erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Ulla Jelpke:

Dick Marty, der Berichterstatter des Europarates, hat seinen Zwischenbericht über Geheimgefängnisse und Folterflüge mit der Empfehlung geschlossen, 15 Fragen in die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarates einzubringen. Genau diese formulieren wir nun in unserer Kleinen Anfrage. Dazu gehört unter anderem, in welchem Ausmaß die Bundesregierung Kenntnis von geheimen CIA-Flügen und illegalen Gefangentransporten hatte und ob sie aktiv oder passiv daran beteiligt war. Weitere Fragen, die wir jetzt gestellt haben, ergeben sich direkt aus dem Zwischenbericht. Die Bundesregie-

rung soll zur Feststellung von Dick Marty Stellung nehmen, die Verwendung von unter Folter erpressten Aussagen sei „höchst fragwürdig, wenn nicht alarmierend“. Sie soll sich auch dazu äußern, warum sie sich durch die Entsendung von Beamten in Folterzentren und völkerrechtswidrig betriebene Gefängnisse wie Guantánamo am internationalen Folternetzwerk beteiligt. Die Bundesrepublik gehört dem Europarat an, und dieser hat Dick Marty mit der Untersuchung des Skandals beauftragt. Herr Marty erwartet Antworten auf diese Fragen, und wir schließen uns dieser Haltung an. Wenn die Bundesregierung auch in diesem Fall die Antworten verweigert und weiter auf Geheimhaltung setzt, sabotiert sie damit offen die Aufklärungsbemühungen.

Fakten und Prognosen zum Jahreswechsel

Was wird es uns bringen, das neue Jahr? So mancher Brandenburger hat sich diese Frage im Januar 2006 sicher gestellt.

OB Dr. Tiemann hat zum Jahrestag ihrer Amtsübernahme eine sehr positive Bilanz gezogen – aber ist für unsere Stadt tatsächlich alles positiv?

In den ersten Januartagen gab es beinahe Jubel: Die Zahl der Arbeitslosen ist zum Jahresende nicht so stark gestiegen wie im Vorjahr.

„Nur“ 75000 mehr als im November suchten im Dezember 2005 in Deutschland einen Job! Sicher ist, dass weder die neuen noch die bis dahin bereits vorhandenen Arbeitslosen erfreut sind. Allerdings ist der Leiter der Arbeitsagentur Brandenburg beinahe glücklich, dass in der Stadt und ihrer Umgebung weniger als 11000 Bürger ohne Job waren, insgesamt 10889. Doch hinter den 19,2 Prozent Arbeitslosen in Brandenburg verbergen sich immerhin Einzel- und Familienschicksale.

Und wie viel 1 Euro- Jobber werden nicht mehr registriert, so muss man sich immer wieder fragen. Übrigens kritisierte die Gewerkschaft den Abbau regulärer Jobs durch diese Maßnahmen. Andererseits konnte man in der Zeitung lesen „Deutsche kaufen mehr Aktien“. Allerdings weder bei unseren Mitgliederversammlungen noch bei sonstigen Rentnern, Geringverdienern sind mir Aktienkäufer begegnet. Verkehren wir in den falschen Kreisen?

Pessimistisch sind übrigens die Konjunkturforscher. Sie meinen, dass sich unser gerade erreichtes kleines Wirtschaftswachstum bereits 2007 deutschlandweit wieder abschwächt. Natürlich haben wir die alten Schulden sowohl in der Stadt als auch im Land und in der gesamten Bundesrepublik mit in das neue Jahr genommen, müssen weiter sparen. Interessant und treffend war dann ein Leserbrief in der Tageszeitung mit der Überschrift „Sparen muss oben beginnen“. Von Einsparungen im Verwaltungsapparat und

Bürokratieabbau war da die Rede. Wie sieht es in dieser Hinsicht in Brandenburg aus? Durch Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich wurden bei unseren Verwaltungsangestellten bzw. Beamten 1,2 Millionen Euro eingespart, durch Kürzungen des Weihnachtsgeldes (2005) 225000 Euro. Doch bei unserem Schuldenberg ist das ein Tropfen auf dem heißen Stein. Und wer vermag als Außenstehender schon genau zu sagen, ob es nicht ganz anders geartete Möglichkeiten für das Sparen bei unserer Verwaltung gibt? Fast glücklich sind einige Leute in unserer Stadt, weil der Medienkonzern ein Callcenter mit etwa 100 Mitarbeitern in Brandenburg einrichten will. Nun ist Bertelsmann zwar ein seriöses Unternehmen, aber wer lässt sich schon gerne Dinge per Telefon anbieten, die er nicht will oder oft gar nicht braucht. Außerdem: Bereits in den ersten Januar Tagen wurde aus gegebenen Anlass vor zweifelhafter Lottowerbung gewarnt.

Aber wie steht es mit der aktuellen Einwohnerzahl in unserer Stadt?

Am 31.12.2004 hatten wir nur die Zahl 74875 erreicht, die geringste Zahl seit 1955. Im vergangenen Jahr gab es bei uns zwar 687 Geburten, aber 982 Todesfälle – da könnte sich der Abwärtstrend fortsetzen. Ein geübter Prognostiker würde in Windeseile ausrechnen, wann Brandenburg dann nur noch bei größeren Dörfern eingestuft werden kann – so pessimistisch sollten wir aber nicht sein, auch wenn wir nicht an Wunder glauben, weder auf Hilfe vom Himmel warten – von welcher Gattung auch immer. Wir setzen einfach auf die „Linken“, kämpfen dafür, dass sie immerstärker werden. In der Stadt können wir vieles bewegen, u.a. dafür sorgen, dass künftig nicht mehr alle vakanten wichtigen Funktionen von CDU- Mitgliedern besetzt werden, sondern von echten Fachleuten. Die Linken werden weiter für die Interessen der übergroßen Mehrheiten der Brandenburger kämpfen, dass ist eine sichere Prognose für das Jahr 2006. E.A.

Perspektiven einer deutschen Linkspartei

Als Auftakt ihrer neuen Veranstaltungsreihe „Die Welt, in der wir leben“ führte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V. am 18. Januar in Potsdam einen Diskussionsabend zum Thema „Perspektiven einer deutschen Linkspartei“ durch. Als Diskussionspartner nahmen Dr. Hans Modrow (Linkspartei.PDS, Berlin), Herbert Driebe (Landesvorsitzender der WASG Brandenburg) und Prof. Dr. Robert Steigerwald (Sozialwissenschaftler, Frankfurt/Main) teil. Die Moderation hatte Dr. Arnold Schölzel von der Zeitung „Junge Welt“ übernommen. Mit der Wahl dieses Themas und der genannten Gäste hatten die Veranstalter wirklich ins Schwarze getroffen. Der Andrang war groß. Der Raum in der Landesgeschäftsstelle der Rosa-Luxemburg-Stiftung reichte nicht aus, um allen Zuhörern Platz zu bieten, deshalb wurde auch noch ein Nebenraum genutzt. Hervorzuheben wäre auch noch die Tatsache, dass die Landesvorsitzenden der 3 linken Parteien Thomas Nord (Linkspartei.PDS), Herbert Driebe (WASG) und Brigitte Müller (DKP) zu den Teilnehmern dieses Diskussionsabends zählten. Es war eine interessante und spannende Veranstaltung. In seinen einführenden Bemerkungen über die Entwicklung der WASG im Land Brandenburg wies Herbert Driebe darauf hin, dass aufgrund des Bundestagswahlkampfes in seinem Landesverband – und das bezieht sich auch auf die Gesamtpartei – zunächst Grundsatzfragen zurückgestellt, grundsätzliche gesellschaftstheoretische Fragen nicht geklärt wurden. Besonders im Hinblick auf den geplanten Fusionsprozess muss das aber in Angriff genommen werden. So nannte er u.a. die sehr unterschiedlichen Auffassungen zur Frage der Regierungsbeteiligung einer linken Partei – gemessen an den bisherigen Erfahrungen der Mitarbeit der Linkspartei.PDS an Koalitionsregierun-

gen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Robert Steigerwald stimmte dem zu und betonte: „Wenn man Grundsatzfragen nicht klärt, holt einen das System zurück“. Eine Kernfrage des Abends lautete: Was wäre das Besondere an einer solchen neuen linken Partei in Deutschland? Hier zeigte sich ein großes Maß an Übereinstimmung bei den Diskussionspartnern. Hans Modrow wies darauf hin, dass eine solche Partei die Frage beantworten muss: Will sie eine Sozialstaatspartei im Kapitalismus oder eine linke sozialistische Partei mit der Zielstellung der Überwindung des kapitalistischen Systems sein? Herbert Driebe sprach sich für ein klares Bekenntnis zur sozialistischen Alternative aus. Robert Steigerwald forderte eine Orientierung an den Lehren von Marx, Engels und Lenin und einen pluralistischen Charakter für diese Partei. Diese Linkspartei müsse sich auch als Partei im europäischen Rahmen verstehen. (H: Modrow) Zu den grundsätzlichen theoretischen Fragen, die weiterhin diskutiert werden sollten, gehören unbedingt die Eigentums- und Machtfrage. Einig waren sich die Teilnehmer dieser Abendveranstaltung auch darüber, dass parlamentarische Tätigkeit für eine linke Partei, die die Gesellschaft verändern will, nur dann Sinn macht, wenn sich auch außerparlamentarisch etwas bewegt. In diesem Sinne ist unbedingt ein Zusammengehen von linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen erforderlich. Dieser Auftaktabend hat Lust gemacht auf mehr im Rahmen der neuen Veranstaltungsreihe. Abschließend sei noch eine spaßige Bemerkung von Hans Modrow wiedergegeben. Er wies darauf hin, dass die Ost-CDU immer ihre Vorsitzenden von der FDJ gestellt bekam. Die Ausnahme war Lothar de Maiziére. Mit Angela Merkel ist die Kontinuität wiederhergestellt. Horst Maiwald

Kein Grund zur Aufregung

Da hat doch Hans-Jürgen Rettig seinen Rücktritt als Vorsitzender der WASG in Brandenburg und seinem Austritt aus ebendieser erklärt.

Er sprach von miesen Brandenburger Intrigen, von Machtkämpfen, Lügen und Intrigen auch im Zusammenhang mit der WASG. Dabei wollte er doch gern Stadtverordneter werden. Von unsere Partei behauptet er, sie sei noch nicht in der Demokratie angekommen, betreibe höchstens "Fassadenkosmetik", obwohl er sie nur vom Hören/Sagen kennt.

Nun könnte man sich über so viel Unverschämtheit aufregen, aber- wer ist eigentlich Herr Rettig? Und bewegt sich der Mond, wenn er angeklafft wird?

Anmerkung der Redaktion

Kürzlich kam die Nachfrage warum denn die Havelbrandung noch immer zwölf Euro pro Jahr für jedes Mitglied in unserem Stadtverband kosten sollte, obwohl sie nicht mehr so oft erscheine wie früher.

Dazu sei angemerkt, auch die Havelbrandung kann nur so gut sein wie die Mitglieder der Partei, soll heißen, wenn die Redaktion mehr Artikel, Leserbriefe oder auch nur Themenvorschläge erhalten würde hätten wir auch mehr Material für ein noch öfteres erscheinen. Außerdem ist die Havelbrandung trotz Bundestagswahlkampfes im Jahr 2005 10 mal erschienen. Desweiteren haben wir uns auch in die Lage versetzt Farbfotos in ordentlicher Qualität abzdrukken. Dies ist alles nicht kostenlos sondern bedarf der solidarischen Unterstützung aller Mitglieder unseres Stadtverbandes, denn selbst mit den 12 Euro pro Mitglied, die leider nicht alle bezahlen, arbeiten wir bei weitem nicht Kosten deckend. Dabei ist die ehrenamtliche Arbeit der Redaktion, die sich alle zwei Wochen trifft und versucht eine ansprechende Zeitung herauszubringen noch nicht berücksichtigt. Also Kritik ist gut aber konstruktiv sollte sie schon sein. Die Redaktion freut sich über jeden neuen Mitstreiter in ihren Reihen. Die Termine sind in der Geschäftsstelle zu erfahren.

Gedankensplitter

Frau Merkel trägt bekanntlich Hosenanzüge. Da sie auch weiterhin als Bundeskanzlerin die Einschnitte und Streichungen im sozialen Netz führt, könnte man, so sie auf der Bildfläche erscheint, auch von Gefahr im Anzug sprechen.

Frau Merkel hat einen Brief geschrieben. Sie möchte, dass das Jahr 2006 besser werde als das Jahr 2005. Das jedoch muss sich erst noch herausstellen. Feststehen dürfte jedoch, dass das Jahr 2006 immer noch besser sein dürfte, als das nachfolgende Jahr 2007, sofern es bei der dreiprozentigen Mehrwertsteuererhöhung bleibt. – Was aber auch nicht ganz uninteressant ist: Der Neujahrsbrief von Frau Merkel, der großflächig in allen führenden deutschen Zeitungen abgedruckt wurde, hat dem Steuerzahler immerhin drei Millionen Euro gekostet. Gespart wird ansonsten nur beim „kleinen Mann“.

Bundespräsident Köhler regte an, Arbeiter und Angestellte mögen sich anteilig an Konzernaktien beteiligen., was jedoch nicht bedacht wurde: Gewinn entsteht zum Beispiel auch durch Abbau von Arbeitsplätzen. Das kann wohl kaum im Interesse von Arbeitern und Angestellten sein., weshalb das Projekt schnell und geräuschlos wieder begraben wurde.

Um von innenpolitischen, oft wenig erfreulichen Problemen, wie steigende Arbeitslosigkeit und kontinuierlichen Arbeitsplatzabbau abzulenken, werden andere Themen aufgebläht und aufgebauscht, wie zum Beispiel Feinstaub, Verkauf von verdorbenem Fleisch, steigende Gefahr, die von muslimischen Terrorgruppen ausgehe und der immer wieder strapazierten Vogelgrippe.

-W-

Impressionen vom Neujahrsempfang



Fotos Werner Czech

Nazis raus



aus den Köpfen

Öffnungszeiten

Montag	9-17 Uhr
Dienstag	9-17 Uhr
Mittwoch	9-13 Uhr
Donnerstag	9-17 Uhr

Geschäftsstelle der Linkspartei
Hauptstraße 48
14776 Brandenburg

Tel.: 0 33 81 - 22 47 33
Fax: 0 33 81 - 22 99 61
Internet: www.linkspartei-pds-stadt-brb.de
E-Mail: info@linkspartei-pds-stadt-brb.de

DIE LINKE. PDS

**Die Linke.PDS
braucht Sie und Dich.**

Selber entscheiden und selber mitmachen!
Als Mitglied der Linkspartei.
Denn nur eine starke Partei kann sich
stark machen!!!

Im Internet unter www.sozialisten.de
oder in der Geschäftsstelle Hauptstraße 48,
14776 Brandenburg,
telefonisch 03381/224733

**Wir gratulieren allen unseren
Genossinnen und Genossen
die im Monat
Januar und Februar
Geburtstag haben!**



Impressum

Herausgeber: Linke.PDS-Stadtverband Brandenburg

Verantw. i.s.d.P.: Petra Faderl

Redaktion der Havelbrandung unter Leitung von
René Kretzschmar

Anschrift: Hauptstraße 48, 14776 Brandenburg

email: info@linkspartei-pds-stadt-brb.de

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung
und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion über-
einstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur
auszugweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für un-
verlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt
die Redaktion keine Haftung.

**Nächster Redaktionsschluss
28. Februar 2006**